



# **IW-Policy Paper 5/2020**

## **Vertrauen in Wirtschaft, Staat, Gesellschaft 2020**

Vertrauensindex: Europäische Länder im Vergleich  
Dominik Enste / Lena Suling

Köln, 17.03.2020

## Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung</b>	<b>3</b>
<b>1 Was die Gesellschaft zusammenhält</b>	<b>4</b>
<b>2 Vertrauen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene</b>	<b>6</b>
2.1 Warum Vertrauen sich lohnt	6
2.2 Vertrauen in Institutionen in Deutschland	6
2.3 Einflussfaktoren auf Vertrauen auf der Makroebene	8
2.4 Aktuelle Herausforderungen für den Zusammenhalt	9
<b>3 Vertrauensindex 2020 – Deutschland im internationalen Vergleich</b>	<b>11</b>
3.1 Datengrundlage, Standardisierung und Aggregation	11
3.2 Gesamtvertrauensindex 2020	13
3.3 Vertrauen in das politische System	15
3.4 Vertrauen in das Wirtschaftssystem	17
3.5 Vertrauen in das Gesellschaftssystem	19
<b>4 Handlungsempfehlungen</b>	<b>22</b>
<b>Abstract</b>	<b>25</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>26</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>27</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>28</b>

**JEL-Klassifikation:**

A13 Relation of Economics to Social Values

O43 Institutions and Growth

P51 Comparative Analysis of Economic Systems

## Zusammenfassung

Vertrauen ist gerade in Krisenzeiten wichtig und in einer globalisierten Welt zugleich besonders gefährdet: Wir sind von internationalen Wirtschaftsprozessen und politischer Kooperation abhängig, die ohne Vertrauen nicht funktionieren würden. Insbesondere für pluralisierte, urbane und individualistisch geprägte Gesellschaften ist Vertrauen der wichtige Kitt des Zusammenhalts. Wenn dieses gering ausgeprägt ist, wird versucht mit Kontrollen und Alleingängen für vermeintliche Sicherheit zu sorgen. Das Vertrauen schwindet dadurch; insbesondere, wenn das Gefühl der Menschen wächst, dass entweder der wirtschaftliche Aufschwung nicht bei ihnen ankommt oder die Eliten in der Krise vor allem an sich denken. Manche Regionen fühlen sich zurückgelassen und der Eindruck entsteht, die Politik habe lediglich die Interessen einzelner Interessengruppen im Blick; das stärkt systemkritische Parteien.

Diese Studie stellt aktuelle Zahlen zum Vertrauen in Deutschland und Europa vor. Insgesamt belegt Deutschland Platz 7 von 20 untersuchten Ländern. Die skandinavischen Länder schneiden im internationalen Vertrauensvergleich dabei weiterhin am besten ab. Länder wie Griechenland und Italien hingegen, die in den letzten Jahren von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen waren, am schlechtesten. Doch auch das Vereinigte Königreich verzeichnet starke Vertrauensverluste, die unter anderem durch die andauernden Brexit-Debatten entstanden. Bei allen statistischen Schwierigkeiten, die ein solcher Index mit sich bringt, zeigt er – über die zufälligen und nicht beeinflussbaren Faktoren und Fallzahlen hinaus – welche Länder die aktuelle COVID-19 (Coronavirus SARS-CoV-2) Pandemie besser managen können als andere. In den skandinavischen Ländern sowie den Niederlanden, Deutschland und der Schweiz herrscht ein ausgeprägtes Klima des Vertrauens. Das politische System, das Wirtschaftssystem und die Gesellschaft sind – im Großen und Ganzen – zuverlässig. Auf Platz 1 des Vertrauensindex liegt Dänemark mit 91 von 100 möglichen Punkten. Deutschland liegt mit 74 Punkten auf Platz 7 – hinter den übrigen skandinavischen Ländern, den Niederlanden und der Schweiz. Die südeuropäischen Staaten Griechenland, Italien und Portugal landen am Ende des Rankings. Das Misstrauen gegenüber der Politik und der Regierung, aber auch gegenüber der Wirtschaft und der Gesellschaft sind hier besonders ausgeprägt. Vertraut wird nur im engen Verwandten- und Freundeskreis. Generalisiertes Vertrauen wird auch bislang eher bestraft. Das erschwert möglicherweise die Zusammenarbeit bei der landesweiten Krisenbewältigung, in der Vertrauen so wichtig ist.

- Vertrauen in die Notwendigkeit der Freiheitseinschränkung und die Beachtung zum Beispiel von Quarantäne-Maßnahmen, auch ohne Krankheitssymptome. Entscheidend ist hier somit das Vertrauen in die Mitmenschen, dass sie sich solidarisch verhalten und eine persönliche, drastische Einschränkung hinnehmen, um der Gesellschaft bei der Eindämmung der Epidemie zu helfen.
- Vertrauen in die Fakten und Maßnahmen von Autoritäten. Der stete Verweis auf das Robert Koch-Institut ist dabei genau richtig, denn Universitäten und Forschungseinrichtungen genießen bei über 80 Prozent der Deutschen sehr große oder großes Vertrauen (vgl. Enste/Suling, 2020, 8). Die Bundesregierung genießt dieses Vertrauen hingegen nur bei rund 40 Prozent.

## 1 Was die Gesellschaft zusammenhält

Bis zum Beginn der Corona-Pandemie waren die Deutschen mit ihrem Leben so zufrieden wie lange nicht mehr; das zeigen nicht nur systematische Bevölkerungsbefragungen im Rahmen des SOEP (Raffelhüschen/Grimm, 2019). Wesentliche Gründe sind die historisch geringe Zahl an Arbeitslosen, der Höchststand bei der Zahl der Beschäftigten und der damit einhergehende wirtschaftliche Aufschwung, der bereits seit vielen Jahren andauert (Enste et al., 2019). Viele weitere Fakten zeigen, dass Deutschland auch im internationalen Vergleich sehr gut dasteht, insbesondere was Schuldenstand, Gesundheitssystem, Korruption, Gerechtigkeit oder auch politische, unternehmerische oder auch die Meinungsfreiheit betrifft. Damit ist Deutschland besser als andere Länder auch für die aktuelle Krise gerüstet. Aber trotz oder gerade wegen dieser Erfolge, macht sich in verschiedenen Bereichen Unmut breit, weil Deutschland noch gerechter, noch nachhaltiger, noch wertorientierter, noch wettbewerbsfähiger, noch digitaler und noch sozialer werden soll oder muss. Diese Wünsche und Forderungen nach Veränderungen sind berechtigt, denn schließlich heißt es nicht zu Unrecht „Stillstand ist Rückschritt“; wenn andere Staaten besser werden, muss auch Deutschland sich weiterentwickeln. Voraussetzung für erfolgreiche Veränderungsprozesse, die nicht durch radikale Umbrüche und Revolutionen initiiert werden, ist Vertrauen in die bestehenden Institutionen und Menschen, die diese Reformen anstoßen und umsetzen sollen. Dabei besteht die Herausforderung, den durch vermeintlich einfache Lösungsansätze radikaler Gruppen entstehenden Konflikten und Misstrauen entgegenzuwirken, um eine Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden.

Aus diesem Grund analysiert das IW mit einer Policy Paper Reihe (1) die Lage und Ausprägung des Vertrauens und Sozialkapitals in Deutschland im internationalen Vergleich („Vertrauen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“), (2) die Vertrauenskultur innerhalb von Unternehmen („Vertrauen in Unternehmen und Organisationen“) und (3) das generelle Vertrauen in andere Menschen und das Zusammenleben („Vertrauen in Mitmenschen und Gesellschaft“). Damit soll ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte geleistet und aufgezeigt werden, auf welcher Basis die Veränderungen angestoßen und umgesetzt werden können und wie gut Gesellschaften auf existenzielle Krisen vorbereitet sind. In diesem Policy Paper steht dabei im Mittelpunkt, was die Gesellschaft auf der Makroebene im Vergleich zu anderen Staaten zusammenhält. Welche politischen Institutionen genießen (noch) Vertrauen? Wie gut oder schlecht ist das Vertrauen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Vergleich zu anderen Staaten?

Unzufriedenheit mit den Rahmenbedingungen und Misstrauen wachsen in der Gesellschaft, was u. a. gegenüber der Politik oder auch den Medien geäußert wird. Die Glaubwürdigkeit bisher vertrauenswürdiger Institutionen wird durch unterschiedliche Faktoren negativ beeinflusst, wie etwa schlechtes Krisenmanagement, unkontrollierte Migration, Korruption in öffentlichen Institutionen, zunehmende Ungleichheit, fehlende Chancengerechtigkeit oder Perspektivlosigkeit. Dabei können die Industriestaaten im Vergleich mit Schwellen- oder Entwicklungsländern auf einer vergleichsweise guten Sozialkapitalausstattung aufbauen, auch wenn Proteste in Frankreich, der Brexit des Vereinigten Königreichs oder massive Kritik am US-Präsidenten anderes vermuten lassen. Hier vertrauen die Menschen einander grundsätzlich, Korruption ist relativ selten und Justiz, Gesetzgebung und Polizei genießen ein hohes Ansehen. Ein Blick in weniger wirtschaftlich erfolgreiche Staaten, wie zum Beispiel die Ukraine oder Venezuela (das ölreichste

Land der Erde) machen drastisch deutlich, wie wertvoll dieses Sozialkapital ist und welche Folgen es hat, wenn das Vertrauen gering und die Korruption sehr ausgeprägt ist.

Allerdings ist Vertrauen sehr leicht verspielt, recht volatil und vor allem fragil (Algan et al., 2017, 317; Newton et al., 2018, 40). Es kann zugleich schwer und in einem langwierigen Prozess wiederaufgebaut werden, wie Beispiele einiger „gescheiterter“ Staaten im Nahen Osten, in Afrika oder auch Südamerika zeigen. Umso wichtiger ist es, das vorhandene Sozialkapital zu schützen und auf die positiven Entwicklungen hinzuweisen, ohne die Probleme zu ignorieren oder kleinzureden. Zumindest dann, wenn man die Ansicht teilt, dass schrittweise Veränderungen und die Weiterentwicklung der bestehenden Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft besser ist als eine radikale Zerstörung des bestehenden Systems mit ungewissem Ausgang.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft hängt stark vom Vertrauen der Menschen in die Institutionen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ab. Umfrageergebnissen zufolge ist dies in Deutschland zurückgegangen (Decker et al., 2019). Gilt dies auch beim Vergleich mit anderen Industriestaaten und mit Blick auf die statistische Datenlage? Haben staatliche Institutionen zu wenig in Vertrauen investiert und durch das entstandene Vertrauensdefizit eine Orientierungslücke zugelassen? Wie hat sich das Vertrauen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in den letzten 10 Jahren entwickelt? Und was heißt dies für die Chancen für die Bewältigung der Corona-Krise?

Der in regelmäßigen Abständen erhobene Vertrauensindex des IW Köln zeigt systematisch die Ausprägungen des Vertrauens im internationalen Vergleich. Dabei werden drei Dimensionen des Vertrauens erfasst: In das Wirtschaftssystem, das politische System und in das Gesellschaftssystem. Der internationale Vergleich lässt die Darstellung zu, wie die sozial ausgerichteten Marktwirtschaften Deutschland, Belgien, Frankreich, Niederlande und Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern der angelsächsischen Prägung (Vereinigtes Königreich und Irland), rudimentärer Marktmodelle Südeuropas (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien), postsozialistischer Marktwirtschaften Osteuropas (Polen) und dem skandinavischen Modell (Dänemark, Finnland und Schweden) aufgestellt sind.

## 2 Vertrauen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

### 2.1 Warum Vertrauen sich lohnt

Vor allem in einer globalisierten Welt ist Vertrauen als Mechanismus zur Reduktion von Komplexität (Luhmann, 2000) unumgänglich. Generelles Vertrauen ist für ein Land, das von globalen Wirtschaftsprozessen, aber auch der politischen Kooperation abhängig ist, notwendig (Enste/Grunewald, 2017). Beim Handeln auf globaler Ebene muss auch Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen vertraut werden, nicht nur dem engen Kreis der gleichdenkenden und ähnlich sozialisierten. Das stellt das Vertrauen vor eine neue Herausforderung. Mit Blick auf die EU zeigt sich beispielsweise, dass auch hier weiterhin Gemeinsamkeiten zwischen den Staatenvertretern, die aus unterschiedlichen Vertrauenskulturen kommen, ausgelotet werden müssen, um innerhalb des Parlaments sowie nach außen hin Vertrauen aufzubauen. Dies ist notwendig, denn politisches Vertrauen ist für die soziale Stabilität in einem Land bedeutend, besonders im Hinblick auf die Einhaltung von Gesetzen (Marien/Hooghe, 2011). Dies gilt aktuell für die Einhaltung von Quarantäne Vorschriften (z. B. häusliche Quarantäne). Politische und kulturelle Unterschiede werden außerdem durch Vertrauen eher als legitim angesehen, was zu einem produktiveren Umgang mit ihnen führt. Für pluralisierte, urbane und individualistisch geprägte Gesellschaften ist Vertrauen ein wichtiger Kitt des Zusammenhalts (Delhey/Verbalyte, 2016), da Vertrauen Solidarität und Hilfsbereitschaft unterstützt (Uslaner, 2002). Dies ist von enormer Bedeutung, denn ein hohes Niveau an Sozialkapital kann Ländern helfen, politische und wirtschaftliche Probleme zu überwinden und in der Krise zusammenzuhalten (Sønderskov/Dinesen, 2016, 50). Nachbarschaftshilfe funktioniert nur auf der Basis dieses Vertrauens und ist besonders erforderlich, wenn die offiziellen staatlichen Institutionen vor Engpässen stehen und auch marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen an ihre Grenzen stoßen.

Nicht zuletzt hat Vertrauen auch positive Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit der Bürger (Rodríguez-Pose/Berlepsch, 2014). Speziell soziales Vertrauen korreliert hoch positiv mit Lebenszufriedenheit und Wirtschaftswachstum (Mikucka et al., 2017). Soziales Vertrauen stärkt wiederum institutionelles bzw. politisches Vertrauen (Delhey/Verbalyte, 2016; Newton/Zmerli, 2011). Es fördert Zusammenarbeit und Kompromissbereitschaft, reduziert die Kosten unsozialen Verhaltens (etwa Kriminalität, Steuerhinterziehung) und trägt damit zu einer effektiven Regierung, Umsetzung von Richtlinien und Begrenzung einer Epidemie bei (Sønderskov/Dinesen, 2016, 49 f.).

### 2.2 Vertrauen in Institutionen in Deutschland

Vertrauen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene meint Vertrauen in Institutionen als formelle und informelle Regeln und Normen sowie Justiz, Regierung und Kirche. Es ist der Grundstein der Beziehung zwischen Bürgern und Institutionen, die immer unterschiedlich stark ausgeprägt ist (Enste/Grunewald, 2017, 4 ff.). Vertrauen verbindet die Bürger mit den Institutionen, die sie vertreten sollen, erhöht damit sowohl die Legitimität als auch die Wirksamkeit einer demokratischen Regierung (Kroknes et al., 2015) und ersetzt umfangreiche Kontrollen und Compliance. Weiterhin stabilisiert das Vertrauen in die drei staatlichen Gewalten sowie die Medien, die als vierte Gewalt bezeichnet werden, den Zusammenhalt der Gesellschaft – trotz aller

Differenzierungen und Heterogenität. Diese vier Gewalten stehen deshalb in Krisenzeiten unter besonderer Beobachtung und Verantwortung.

Das Vertrauen in Institutionen ist in gewisser Weise generalisierbar: ein hohes Maß an Vertrauen in eine Institution kann sich tendenziell auf andere Institutionen ausweiten (Christensen/Læg Reid, 2005). Laut Putnam (1993) bilden Vertrauen, Bindungen und Normen darüber hinaus das Sozialkapital der Gesellschaft. In einer Gesellschaft mit einem hohen Niveau von Sozialkapital vertrauen sich die Bürger gegenseitig mehr und kooperieren demnach eher. Ohne Vertrauen bestünde kein Anreiz zur Kooperation. Damit ist Vertrauen eine wesentliche Basis jeder wirtschaftlichen Interaktion, ob in der Beziehung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zwischen Geschäftspartnern oder zwischen Staaten. Es kann Inter- und Transaktionen ermöglichen, erleichtern und beschleunigen (Enste/Jäger, 2009).

Nichtsdestotrotz unterscheidet sich das Vertrauen der Menschen in Institutionen deutlich (Decker et al., 2019): Während jeder sechste, 16,7 Prozent der Befragten, ein sehr großes Vertrauen gegenüber Universitäten und Forschungseinrichtungen und 13,4 Prozent gegenüber Justiz und Gerichten hat, kommen Parteien nur auf 0,7 Prozent. Anderen Institutionen (z. B. NGOs, Gewerkschaften, Medien, Verbände, Parteien) erreichen knapp sechs Prozent (Decker et al., 2019, 39) (Tabelle 2-1).

**Tabelle 2-1: Vertrauen in Institutionen und Organisationen in Deutschland**

In Prozent; n = 2.375 – 2.485

Institution	sehr großes Vertrauen	großes Vertrauen	wenig Vertrauen	gar kein Vertrauen
Universitäten und andere Forschungseinrichtungen	16,7	66,6	15,3	1,4
Justiz und Gerichte	13,4	53,4	27,6	5,6
Nichtregierungsorganisationen	5,7	49,9	37,4	7,0
Gewerkschaften	5,8	47,3	37,0	9,9
Bundestag	4,7	41,3	43,4	10,6
Bundesregierung	3,0	37,1	45,3	14,6
Medien	2,1	33,0	51,8	13,1
große Unternehmen und Arbeitgeberverbände	1,7	27,3	60,0	11,0
Parteien	0,7	21,8	61,4	16,1

Quelle: Decker et al., 2019, 39

Wenngleich über 80 Prozent der Forschungseinrichtungen wie dem Robert Koch Institut vertrauen, bleibt durch die sozialen Medien die Gefahr, dass „alternative Fakten“ und Verschwörungstheorien stärker wahrgenommen werden. Eine mögliche Ursache könnte die Diskrepanz



in der Kommunikation zwischen Wissenschaft/Politik und Gesellschaft sein, durch die wissenschaftliche Erkenntnisse nicht ausreichend transportiert werden. Da die Fakten wie Ansteckungsrisiken, Verläufe und Entwicklungen unsicher sind, das Virus unsichtbar ist und potentielle Gefahren exponentiell steigen können, lassen sich Verschwörungstheorien leicht verbreiten.

### 2.3 Einflussfaktoren auf Vertrauen auf der Makroebene

Das Vertrauen wird jenseits der Krisenreaktionsfähigkeiten grundsätzlich von demographischen Faktoren wie Alter, Bildung und Beruf (Christensen/Læg Reid, 2005; Sønderskov/Dinesen, 2016) und von wirtschaftlichen Aspekten, Bildung und Arbeitslosigkeit entscheidend beeinflusst (Foster/Frieden, 2017; Edelman, 2020): In europäischen Ländern vertrauen Bürger mit mehr Bildung und höheren Qualifikationen dem Staat eher. Einwohner von Ländern mit hohen Arbeitslosenquoten vertrauen hingegen weniger der nationalen Regierung als diejenigen in Ländern, die in der letzten Wirtschaftskrise besser abgeschnitten haben. Weiterhin haben Arbeitslose das Vertrauen in die Regierung stärker verloren als andere Teile der Bevölkerung. Nicht zuletzt wird auch Korruption als starker Einflussfaktor gesehen (Anderson/Tverdova, 2003; van der Meer/Hakhverdian, 2017), wobei die Stärke der Auswirkungen schwankt und durch andere Variablen moderiert wird. Beispielsweise hängt Bildung eher negativ mit institutionellem Vertrauen in korrupten Gesellschaften zusammen und positiv mit Vertrauen in nicht korrupten Gesellschaften (Hakhverdian/Mayne, 2012). Wird darüber hinaus allgemein die Wirtschaft negativ wahrgenommen und steigt die öffentliche Besorgnis über Kriminalität, hat dies einen Rückgang des öffentlichen Vertrauens in die Regierung zur Folge. Die Konsequenz ist dabei eine geringere Unterstützung staatlicher Maßnahmen zur Lösung innenpolitischer Probleme (Chanley et al., 2000).

Auch die Finanzkrise hat wesentlich zu einem Rückgang des Vertrauens in Politik und Wirtschaft beigetragen: Das Vertrauen der Bürger in die politischen Institutionen verringerte sich in den Ländern besonders, in denen die Krise schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft hatte (Kroknes et al., 2015; Newton et al., 2018). Dabei prägen nicht nur die tatsächliche Wirtschaftsleistung und deren Bewertung durch die Bürger das Vertrauen in politische Institutionen, sondern ebenfalls das Ausmaß, inwiefern Menschen ihre Lage und die ihrer Familie als wirtschaftlich unsicher empfinden (Wroe, 2016). Unsicherheit hat einen hohen signifikant negativen Einfluss auf das politische Vertrauen, was bei der Globalisierung und Deindustrialisierung eine große Rolle spielt. Wirtschaftliche Unsicherheit aktiviert tiefsitzende kognitive Verzerrungen (Biases), wie die Verlustaversion (Menschen leiden unter Verlusten mehr als sie Gewinne schätzen) oder den Status Quo Bias (starke Bevorzugung des Status quo gegenüber Veränderungen) (Wroe, 2016). Diese Unsicherheit bzw. die Wahrnehmung dieser, wird aktuell neben den klassischen Medien erheblich durch die Informationsvermittlung durch soziale Medien gelenkt, die breite Teile der Bevölkerung schneller und stärker beeinflussen (Bergmann et al., 2017).

Als weiterer wichtiger Faktor für das Vertrauen in die Regierung gilt die Zufriedenheit mit der Demokratie (Christensen/Læg Reid, 2005). Während ein geringes politisches Vertrauen zumeist als mangelnde Unterstützung demokratischer Verfahren oder als Folge einer schlechten wirtschaftlichen Lage interpretiert wurde, nehmen aktuellere Ergebnisse jedoch auch hier

individuelle Bewertungsmuster der Bürger in den Fokus (Hooghe et al., 2017; van der Meer/Hakhverdian, 2017). Demnach basiert das politische Vertrauen ebenfalls auf den subjektiven Bewertungen der Wirtschaftsleistung, nicht auf der objektiven Performance: Es kommt weniger darauf an, was eine Regierung leistet, sondern mehr, wer ihre Leistung bewertet (van der Meer/Hakhverdian, 2017). Hohe Ideale und Ansprüche, wie Demokratie funktionieren sollte, gehen dabei einher mit einem geringen Level an politischem Vertrauen. Dies gilt besonders in Ländern mit einer geringen Regierungsqualität (Hooghe et al., 2017).

## 2.4 Aktuelle Herausforderungen für den Zusammenhalt

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass das Vertrauen in Institutionen fragil und durch unterschiedliche Aspekte beeinflussbar ist. Folgt man der öffentlichen Wahrnehmung, befindet sich die Politik in einer Vertrauenskrise (Decker et al., 2019): Unzufriedene Bürger bleiben Wahlen fern, andere wenden sich systemkritischen oder rechtspopulistischen Parteien zu. Woher kommt das? Was sind entsprechend aktuelle Themen, die das Vertrauen negativ beeinträchtigen können? Im Weiteren werden ausgewählte aktuelle Entwicklungen skizziert, die Auswirkungen auf das Vertrauen, insbesondere in die Regierung/die Politik, haben.

### Weltweite Krisen

Die größte aktuelle Herausforderung ist weltweit ohne Zweifel, die COVID-19 (Coronavirus SARS-CoV-2) Pandemie. Gerade angesichts der dynamischen, schwer vorhersehbaren Entwicklungen und der großen Unsicherheiten in Bezug auf die Folgen und richtigen Maßnahmen zur Eindämmung spielt das grundsätzliche Vertrauen der Menschen eine zentrale Rolle. Angesichts der Unsicherheit bedarf es des grundsätzlichen Vertrauens in die Institutionen und handelnden Personen, gerade wenn weiterreichende Eingriffe in die persönliche Freiheit und wirtschaftliche Prozesse ungekannten Ausmaßes stattfinden. Das Vertrauen in das Gesundheitssystem ist dabei das eine, das Vertrauen in die transparente Kommunikation der Politik, den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Robustheit der Wirtschaft das andere. Unser Vertrauensindex zeigt, wie gut Länder diesbezüglich dastehen.

### Globalisierung

Die Globalisierung verändert die Welt in vielerlei Hinsicht und vor allem schneller denn je. Internationale Beziehungen, Arbeitsweisen und private Belange verändern sich. Die internationale Bevölkerung wächst zusammen, Werte und Lebensweisen wandeln sich. Dies sind zum Teil starke Einschnitte in die Gewohnheiten von Teilen der Bevölkerung. Die Suche nach neuer Orientierung, einer Gemeinschaft und einer Identität der Bürger stellt die Politik vor Herausforderungen, denn ein neuer Nationalgedanke entsteht, der sich durch das Aufstreben populistischer Parteien in Europa, den Brexit oder die Wahl von Donald Trump mit seiner Strategie „America first“ äußert. Eine Studie (Colantone/Stanig, 2016) zeigt etwa, dass hinsichtlich des Brexit-Votums eher die Regionen für „Leave“ gestimmt haben, die härter von der Globalisierung getroffen wurden, beispielsweise auch durch den Importwettbewerb aus China. Die Auswirkungen der Globalisierung verteilen sich teilweise sehr ungleich. Als Reaktion auf ausbleibende Kompensation durch die Regierung erfahren Isolationismus, Protektionismus und identitätsorientierter Nationalismus neuen Aufschwung. Die Effektivität der Demokratie wird teilweise in Frage gestellt (Edelman, 2020).

## Populismus

Die Angst vor der Globalisierung ist mitunter ein entscheidender Faktor für die Entstehung von Forderungen nach Veränderungen abseits des politischen Mainstreams (de Vries/Hoffmann, 2016): Diejenigen, die sich eher populistischen Parteien zuwenden, sehen die Globalisierung mehr als Bedrohung. Darüber hinaus ist eine krisengetriebene wirtschaftliche Unsicherheit ein wesentlicher Faktor für Populismus und politisches Misstrauen (Algan et al., 2017, 309 f.). Dies war beispielsweise nach der Finanz-/Wirtschaftskrise 2008 der Fall, bei welcher Mängel in der Gestaltung der europäischen wirtschaftlichen und politischen Institutionen zum Vorschein kamen und tiefe Einschnitte in das Vertrauen der Bürger gegenüber den verantwortlichen Institutionen hatten, unter anderem der Europäischen Union (EU). Algan und Kollegen (2017) untersuchten mögliche Erklärungen für das sinkende Vertrauen gegenüber der EU und dem Wahlerfolg euroskeptischer Populisten, radikaler Linker und rechtsextremer Parteien. Misstrauen wird hier als Gegenreaktion auf globalisierungsgetriebenen Multikulturalismus und Weltoffenheit fokussiert, durch welche die nationale Identität von Ländern ins Wanken gerät. Gleichzeitig treibt der schnelle technologische Fortschritt eine fortwährende Unsicherheit – Beispiele hierfür sind etwa Outsourcing, verstärkte Konkurrenz, Wettbewerbsdruck und Automatisierung. Kommt weiterhin eine steigende Arbeitslosigkeit hinzu, wie es in Europa nach der Finanzkrise der Fall war, fühlen sich weite Teile der Bevölkerung zurückgelassen und die Wahrscheinlichkeit der Wahl extremer Parteien unter anderem als Reaktion steigt. Populistische Parteien, die die Regierung in Frage stellen, Misstrauen schüren und vermeintlich bessere Alternativen bieten, finden besonders bei regierungskritischen Bürgern Anklang. Sie zweifeln den Wahrheitsgehalt und die Unabhängigkeit der Medien an und schüren so weitere Unsicherheit und Misstrauen. Immerhin glaubt die Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) noch, dass die nationalen Medien frei von politischem und wirtschaftlichem Druck sind, europaweit sind es 38 Prozent. Allerdings glauben nur 9 Prozent der Bundesbürger, dass die Medien unabhängiger sind als noch vor wenigen Jahren (IW Köln, 2016).

## Wahrgenommene soziale Ungleichheit

In Zeiten des Wandels entstehen oft Bewegungen, die sich aus dem Gefühl ergeben, dass das System nicht die Interessen der breiten Gesellschaft vertritt, diese zurücklässt und stattdessen die Eliten besserstellt. Gemäß einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (Decker et al., 2019) verlieren derzeit insbesondere sozial schlechter gestellte Menschen das Vertrauen in die Politik. Beispielsweise hat über zwei Drittel der Befragten den Eindruck, die gute wirtschaftliche Lage würde bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht ankommen. Die wahrgenommene soziale Ungleichheit wirkt sich negativ auf die Zufriedenheit mit der Demokratie aus. Darüber hinaus besteht der allgemeine Wunsch nach mehr Möglichkeiten der Beteiligung. Unter gut ausgebildeten Bürgern und in stabilen Demokratien ist das politische Vertrauen deutlich höher (Hooghe et al., 2017).

Empirisch konnte gezeigt werden, dass mit steigender ungleicher Einkommensverteilung in einem Land die Unzufriedenheit der Bürger sowohl mit dem Funktionieren der Demokratie als auch das Vertrauen in politische Institutionen sinkt (Schäfer, 2010, 152). In Ländern mit einer größeren Einkommensspreizung ist das Misstrauen größer. Menschen, die eine höhere Bildung, ein höheres Einkommen sowie ein stärkeres Interesse und Verständnis für die Politik haben,

vertrauen hierbei der Politik mehr, sind zufriedener mit der Demokratie, wählen häufiger, nutzen aber auch häufiger unkonventionelle Beteiligungsformen (Schäfer, 2010, 149). Kritisch dabei ist zu sehen, dass die öffentliche Wahrnehmung der Einkommensverteilung deutlich von der tatsächlichen Verteilung abweicht (Niehues, 2017). Deutschlands Vermögensverteilung ist ähnlich wie bspw. in Österreich, Norwegen, Schweden und Dänemark, teilweise ist es dort noch ungleicher verteilt. Dennoch sehen drei Viertel der Deutschen die sozialen Unterschiede als eher ungerecht an. Obwohl sich immer mehr Menschen subjektiv einer höheren Schicht zugehörig fühlen, verorten sie die meisten Menschen in den unteren sozialen Schichten (Niehues, 2019).

### 3 Vertrauensindex 2020 – Deutschland im internationalen Vergleich

Wie hat sich vor dem Hintergrund der Herausforderungen und Veränderungen, das Vertrauen in den letzten Jahren in Industriestaaten verändert? Gibt es tatsächlich eine generelle „Vertrauenskrise“ (z. B. Algan et al., 2017)? Wie haben sich Vertrauen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in den einzelnen Ländern im relativen Vergleich entwickelt?

#### 3.1 Datengrundlage, Standardisierung und Aggregation

Die Daten des Vertrauensindex setzen sich aus verschiedenen großen repräsentativen Befragungen und objektiven Daten aus offiziellen Statistiken zusammen. Damit kann das Vertrauen verschiedener Bevölkerungsgruppen über einen längeren Zeitraum dargestellt und analysiert werden. Insgesamt werden 20 Länder in den Index einbezogen, für die die entsprechenden Daten verfügbar sind. Ziel ist es, komplexe Sachverhalte einfach und verständlich darzustellen und in die öffentliche/politische Diskussion einzubringen.

Der Gesamtindex besteht aus drei Einzelindizes: 1. Vertrauen in das politische System, 2. Vertrauen in das Wirtschaftssystem und 3. Vertrauen in das Gesellschaftssystem. Die Daten wurden nach den Kriterien Passgenauigkeit, Verlässlichkeit und Qualität der Quellen sowie Verfügbarkeit der Daten in Ländern über einen langen Zeitraum hinweg ausgewählt. Die meist jährlichen Erhebungen der internationalen Umfragen sind aus dem Zeitraum 2000 bis 2018. Die Zahl der einbezogenen Variablen unterscheidet sich für die einzelnen Indizes aufgrund der Verfügbarkeit von Daten über einen längeren Zeitraum und für die 20 Länder. Eine ausführlichere Darstellung der Datengrundlage findet sich im IW-Vertrauensindex 2015 (Enste/Möller, 2015).

Die Einzelindikatoren und deren Quellen werden in Tabelle 3-1 in einem zusammenfassenden Überblick dargestellt.

**Tabelle 3-1: Indikatoren der Vertrauensdimensionen**

Nr.	Bezeichnung	Definition	Quelle
<b>1.</b>	<b>Vertrauen in das politische System</b>		
1.1	Vertrauen in die Regierung	Die Bürger geben an, wie groß ihr Vertrauen in die Regierung ist.	Eurobarometer
1.2	Vertrauen in das Parlament	Die Bürger geben an, wie groß ihr Vertrauen in das Parlament ist.	Eurobarometer
1.3	Politische Stabilität	Als wie stabil wird die Regierung empfunden und wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese durch Gewalt oder Terrorismus gestürzt werden kann?	Weltbank
1.4	Kreditgeber- und Kreditnehmerschutz	Bewertung, wie gut Kreditgeber und Kreditnehmer im Falle eines Bankrotts durch Gesetze geschützt sind.	Weltbank
1.5	Rechtsstaatlichkeit	Als wie glaubwürdig werden die Regeln innerhalb eines Staates angesehen (das Vertrauen der Bevölkerung in den Schutz von Eigentumsrechten, in die Vertragsdurchsetzung, in die Polizei und in die Gerichte sowie die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit von Gewalt und Kriminalität)?	Weltbank
1.6	Effektivität der öffentlichen Verwaltung	Beurteilung der Qualität der öffentlichen Verwaltung durch die Bürger (die Unabhängigkeit von politischen Zwängen, die Qualität der Richtlinienformulierung und -implementierung, wie glaubwürdig solche Richtlinien eingehalten werden).	Weltbank
1.7	Korruptionsbekämpfung	Wahrnehmung der Bevölkerung, mit welchem Ausmaß von der öffentlichen Gewalt Macht ausgeübt wird, wobei sowohl tendenziell belanglose als auch schwerwiegende Formen der Korruption berücksichtigt werden.	Weltbank
<b>2.</b>	<b>Vertrauen in das Wirtschaftssystem</b>		
2.1	Branchenvertrauen	Unternehmer aus einer Branche schätzen ihren aktuellen Stand und die zukünftigen Chancen für ihr Unternehmen. Beteiligte Branchen: Industrie, Dienstleistung, Einzelhandel- und Baubranche.	Bloomberg/OECD/ Europäische Kommission
2.2	Consumer Confidence Indicator	Konsumenten machen Angaben zur erwarteten Entwicklung bezüglich der eigenen finanziellen Situation, der wirtschaftlichen Situation des Landes, der Arbeitslosensituation und der eigenen Sparsituation für die nächsten 12 Monate.	OECD/ Europäische Kommission

2.3	Inflation	Inflationsrate	OECD/ Europäische Kommission
2.4	Arbeitslosenrate	Arbeitslose als prozentualer Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung	Weltbank
<b>3.</b>	<b>Vertrauen in das Gesellschaftssystem</b>		
3.1	Vertrauen in Mitmenschen	Das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung in ihre Mitmenschen	European Social Survey
3.2	Fairness	Als wie fair beurteilt die Bevölkerung ihre Mitbürger?	European Social Survey
3.3	Hilfsbereitschaft	Als wie hilfsbereit empfindet die Bevölkerung ihre Mitbürger?	European Social Survey

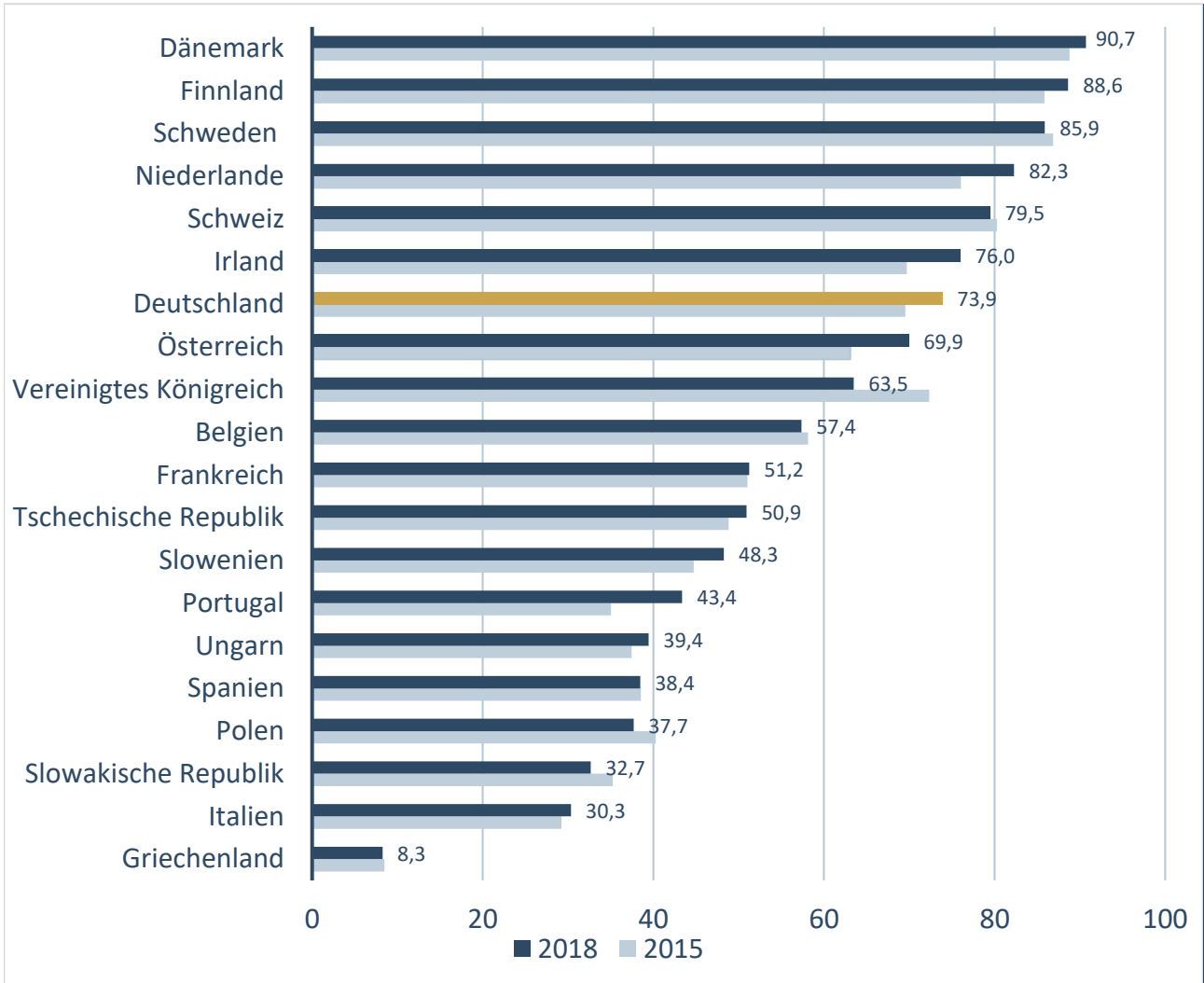
Quelle: Eigene Darstellung

Um eine einheitliche Basis zu schaffen, wurden die Daten vor der Aggregation auf einem Intervall von 0 bis 100 standardisiert. Das Land mit dem besten Wert der jeweiligen Variablen erhält den Wert 100 und das Land mit dem schlechtesten Originalwert erhält den Wert 0. Alle anderen Staaten werden entsprechend dazwischen einsortiert. Weiterhin erfolgte eine thematische Zuordnung und Zusammenfassung der standardisierten Werte der Teilindikatoren. Bei der anschließenden Aggregation wurde jeweils das arithmetische Mittel, ohne besondere Gewichtung, aus den Punktwerten der Einzelindikatoren gebildet. Damit werden Variablen vergleichbar gemacht, die unterschiedlich gemessen werden. Eine ausführlichere Darstellung dieser Methode, die typischer Weise für Indizes genutzt wird, kann im IW-Vertrauensindex 2015 (Enste/Möller, 2015) nachgelesen werden.

### 3.2 Gesamtvertrauensindex 2020

Der Vertrauensindex insgesamt zeigt auch in diesem Jahr deutlich, dass es hinsichtlich der Entwicklung des Vertrauens Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Seit 2015 hat sich das Vertrauen in einigen Ländern stark verbessert, in anderen verschlechtert. Die skandinavischen Länder schneiden im internationalen Vertrauensvergleich dabei weiterhin deutlich am besten ab. Die in den letzten Jahren von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen Länder wie Griechenland und Italien hingegen am schlechtesten. Insbesondere das Vereinigte Königreich musste nicht zuletzt wegen der andauernden Brexit-Debatten einen starken Verlust hinnehmen. Deutschland liegt auf Platz 7 und kann sich – im Vergleich zu anderen Nationen – ungeachtet der öffentlichen Debatten relativ verbessern.

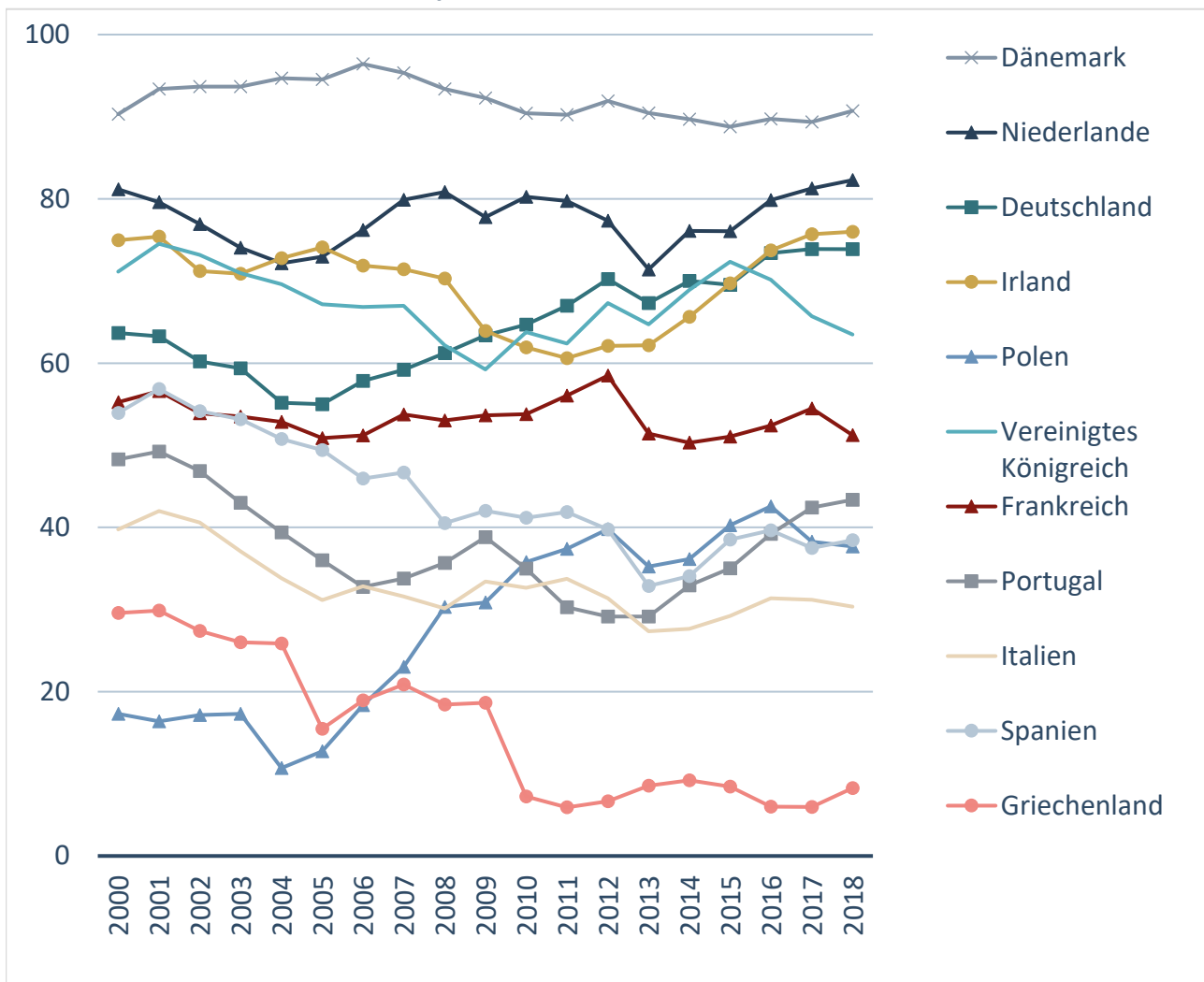
Der Ländervergleich im Zeitverlauf zeigt, dass das Vertrauen durchaus schwankend verläuft. Positiv entwickelt hat sich insbesondere Irland. Nach einem Abwärtstrend bis etwa 2008 entwickelt sich das Vertrauen wieder positiv, besonders in das Wirtschaftssystem (vgl. Abschnitt 3.4). Das Vertrauen in das politische System (Abschnitt 3.3) im Vergleich ist recht konstant. Dänemark hingegen wies im Ländervergleich zuletzt sinkende Werte beim Vertrauen in das Wirtschaftssystem auf, hingegen ein überaus hohes Vertrauen in das Gesellschaftssystem (Abschnitt 3.5).

**Abbildung 3-1: IW-Vertrauensindex**


Quellen: Weltbank, Eurobarometer – verschiedene Jahre; vgl. Tabelle 3-1; eigene Berechnungen

Griechenland bewegt sich weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Insbesondere das Vertrauen in das politische System schneidet im Ländervergleich schlecht ab. Das Vertrauen in das Wirtschaftssystem scheint sich etwas zu erholen und auch in das Gesellschaftssystem entwickelt sich positiv. Die Lage im Vereinigten Königreich hat sich seit 2015 negativ entwickelt. Besonders das Vertrauen in das politische und Wirtschaftssystem haben sich im Ländervergleich verschlechtert.

**Abbildung 3-2: Internationaler Vertrauensvergleich von 2000 bis 2018 (ausgewählte Länder) – Gesamtindex**



Quellen: Weltbank, Eurobarometer; eigene Berechnungen/Schätzungen 2019/20

### 3.3 Vertrauen in das politische System

Der Index „Vertrauen in das politische System“ bildet sich zum einen aus Befragungsdaten darüber, wieviel Vertrauen die Bürger in die nationale Regierung und das Parlament haben und wie sie die politische Stabilität des Landes einschätzen. Dies wird ergänzt durch Daten zur Rechtsstaatlichkeit, dem Vertrauen in Gesetze zum Kreditgeber- und Kreditnehmerschutz, der Effektivität der öffentlichen Verwaltung sowie der Faktor Korruptionsbekämpfung. Dabei liegt dieser Variablenauswahl ein komplexer Prozess zugrunde, der u. a. durch die Datenverfügbarkeit beeinflusst wird (Enste, Möller, 2015).

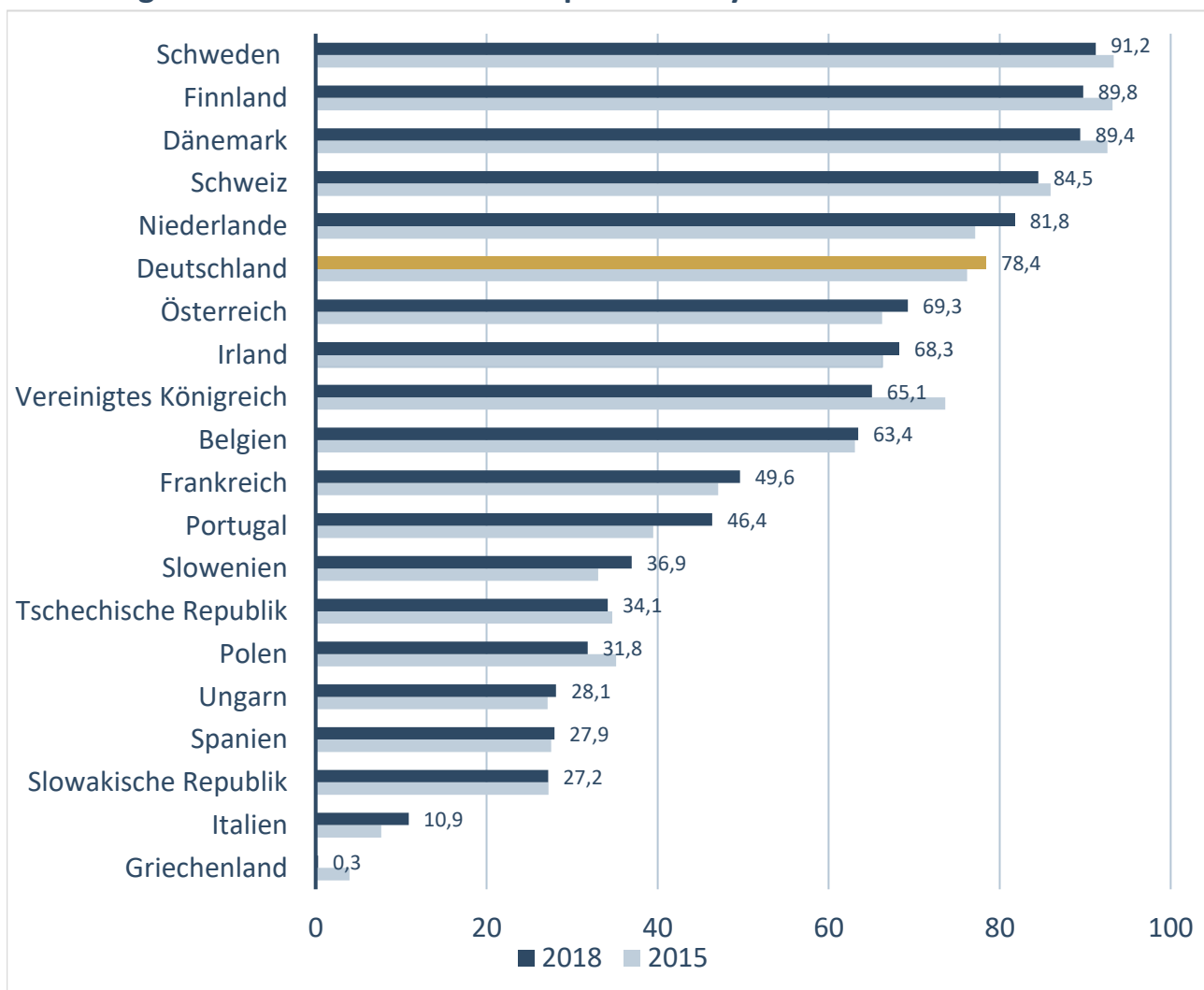
Abbildung 3-3 zeigt die Ergebnisse des Teilindikators. Auch hier stehen die skandinavischen Länder wieder vorne. Allerdings sind die Zahlen seit 2015 leicht rückläufig. Die politische Stabilität wird im Ländervergleich geringer bewertet. Griechenland zeigt die mit Abstand am schlechtesten bewertete Situation. Besonders das Vertrauen in die Regierung und das Parlament haben



im Gegensatz zu den Vorjahren im Ländervergleich erneut abgenommen. Auch Italien hat Vertrauensprobleme, die unter anderem aus einem mangelnden Kreditnehmer- und Kreditgeberschutz resultieren. Im Bereich der Korruptionsbekämpfung konnte hier Vertrauen zurückgewonnen werden.

Deutschland liegt auf Rang 6 und hat sich im Vergleich zum Jahr 2015 positiv entwickelt. Das Vertrauen in die Regierung hat im internationalen Vergleich ein wenig abgenommen, das Vertrauen in das Parlament ebenfalls, jedoch wirkt sich dies im Vergleich nicht prägend aus.

**Abbildung 3-3: Index Vertrauen in das politische System im Jahr 2018**

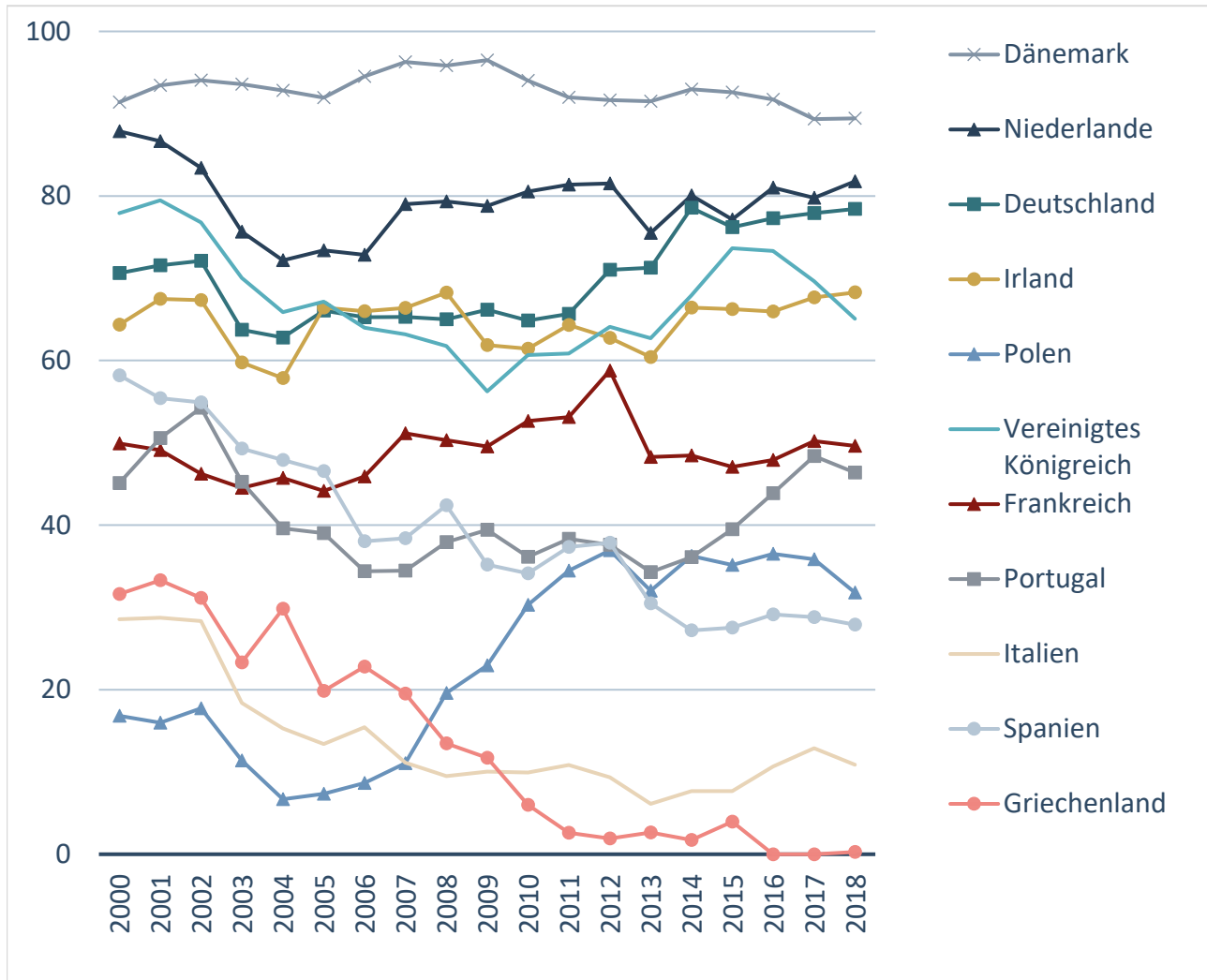


Quellen: Weltbank, Eurobarometer; eigene Berechnungen/Schätzungen 2019/20

Die Ländervergleichsdaten im Zeitablauf offenbaren einen historisch starken Abwärtstrend in Griechenland. Das Land konnte nach der Schuldenkrise das Vertrauen nicht zurückgewinnen. 2015 erfolgten enorme Haushaltskürzungen, was offenbar zu einer weiteren Abnahme führte. Das Vereinigte Königreich musste von 2016 auf 2018 einen Vertrauensverlust hinnehmen. Dieser ist im standardisierten Ländervergleich weniger auf ein sinkendes Vertrauen in die Regierung als mehr auf das Parlament und die politische Stabilität des Landes zurückzuführen, was die

Auswirkungen des Brexit-Votums darlegt. Dänemark weist im Vergleich seit Jahren ein konstant hohes Vertrauen in das politische System auf und besonders Portugal verzeichnet dank eines zunehmenden Vertrauens in das Parlament, die Regierung sowie eine zunehmende politische Stabilität Zuwächse.

**Abbildung 3-4: Teilindex Vertrauen in das politische System von 2000 bis 2018 (ausgewählte Länder)**



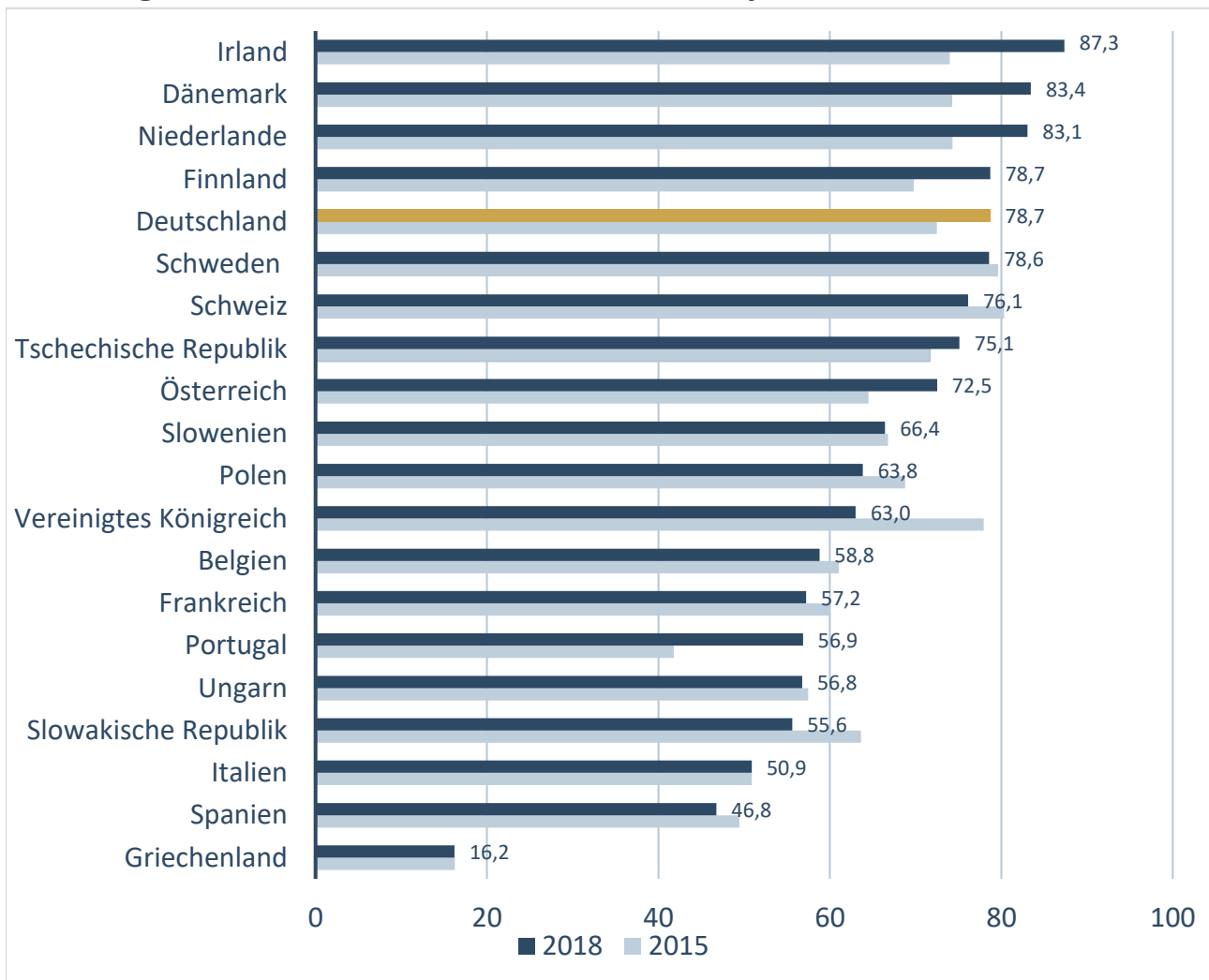
Quellen: Weltbank, Eurobarometer; eigene Berechnungen/Schätzungen 2019/20

### 3.4 Vertrauen in das Wirtschaftssystem

Eine gute wirtschaftliche Lage fördert Wohlstand und Wachstum. Besonders die wirtschaftliche Lage eines Landes hat großen Einfluss auf das Vertrauen in Institutionen, wie zu Beginn dargestellt wurde. Das hier gemessene Vertrauen in das Wirtschaftssystem umfasst nicht nur die Einstellung zu Unternehmen sondern auch zur Branche. Gleichzeitig wird die Vertrauenseinstellung der Konsumenten in die Wirtschaft und in ein stabiles Preisniveau (Inflation) einbezogen. Als ergänzende Marktdaten dienen Arbeitslosenraten und Länderratings, die Aufschluss über die wirtschaftliche Situation des jeweiligen Landes geben.

Die wirtschaftliche Unsicherheit schlägt sich im Vertrauen in einigen Ländern nieder. Andere Länder, wie beispielsweise Irland, konnten sich von der Finanzkrise und ihren Auswirkungen besser erholen. Das Vertrauen in das Wirtschaftssystem ist in Deutschland zwar tendenziell gestiegen, im internationalen Vergleich haben sich andere Länder aber etwas besser entwickelt (Abbildung 3-5). Die dennoch sehr gute Platzierung ist vor allem auf das gute Länderrating und geringe Arbeitslosenraten zurückzuführen.

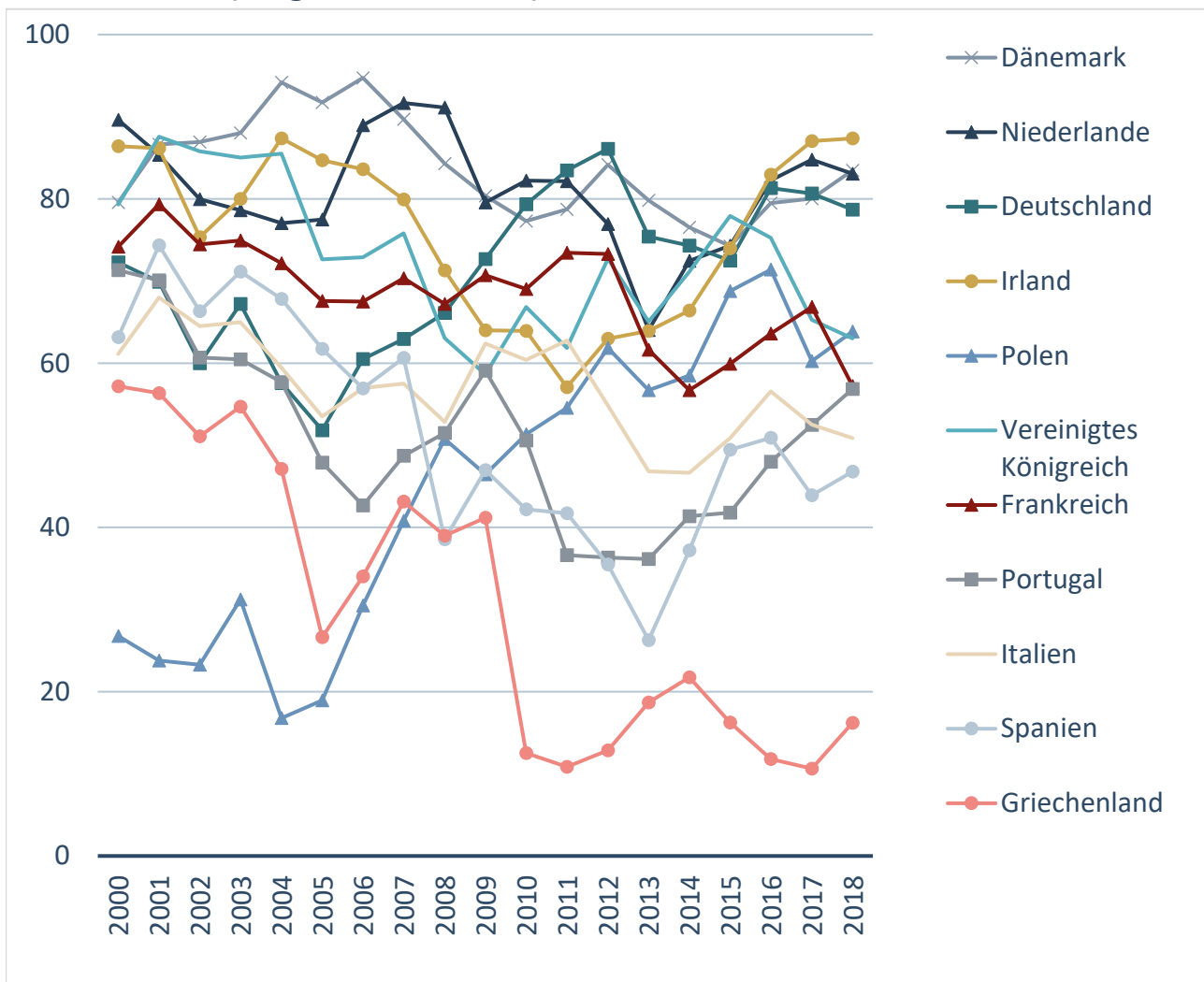
**Abbildung 3-5: Index Vertrauen in das Wirtschaftssystem im Jahr 2018**



Quellen: Weltbank, Eurobarometer; eigene Berechnungen/Schätzungen 2019/20

Im Zeitablauf zeigt sich eine recht dynamische und volatile Entwicklung (Abbildung 3-6). Irland zeigt sich stark verbessert, während das Vereinigte Königreich deutliche Einbußen verzeichnet. Das Vertrauen der Verbraucher sowie der Unternehmer hat unter anderem stark abgenommen und auch das Länderrating sank merklich.

**Abbildung 3-6: Teilindex Vertrauen in das Wirtschaftssystem von 2000 bis 2018  
(ausgewählte Länder)**

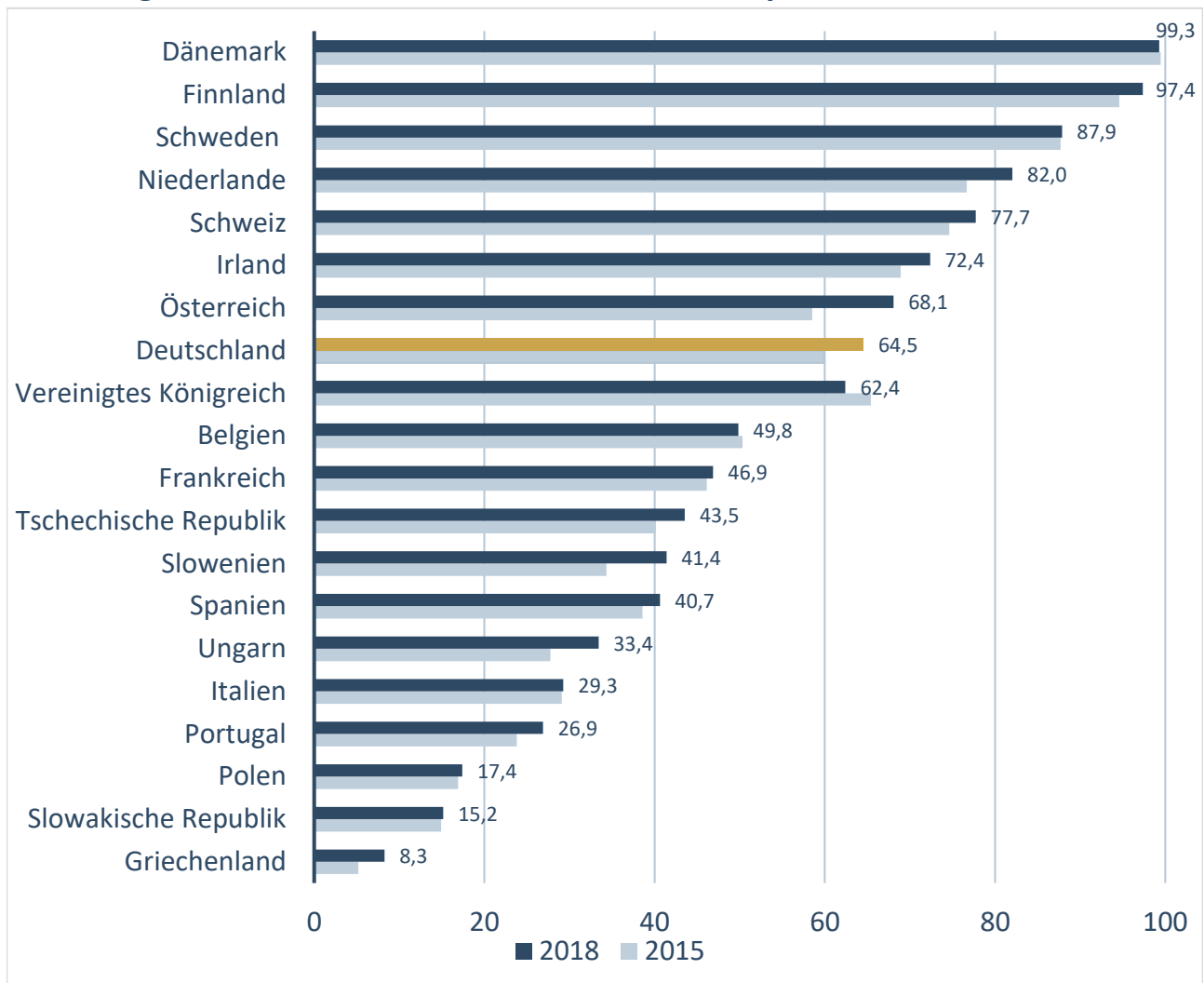


Quellen: Weltbank, Eurobarometer; eigene Berechnungen/Schätzungen 2019/20

### 3.5 Vertrauen in das Gesellschaftssystem

Im IW-Vertrauensindex wird das Vertrauen in das Gesellschaftssystem anhand des allgemeinen Vertrauens in die Mitmenschen, des empfundenen fairen Verhaltens der Bevölkerung in Bezug auf Mitbürger und der empfundenen Hilfsbereitschaft der Menschen gemessen. Durch die Kombination dieser Teilindikatoren wird festgestellt, ob die Bürger auf die Einhaltung gesellschaftlicher Normen und Werte vertrauen können.

Auf den ersten Plätzen liegen, ähnlich wie in den vergangenen Jahren, die Länder Dänemark, Finnland und Schweden (Abbildung 3-7). Neben Griechenland gehören Polen und die Slowakische Republik im Ländervergleich zu den schlechtesten Ländern. Im Ländervergleich weist beispielsweise Polen im Hinblick auf das Vertrauen in Mitmenschen die größte Schwäche auf. Deutschland erreicht Rang acht und liegt damit im Mittelfeld. Insbesondere das Vertrauen in die Mitmenschen stieg in Deutschland zuletzt an.

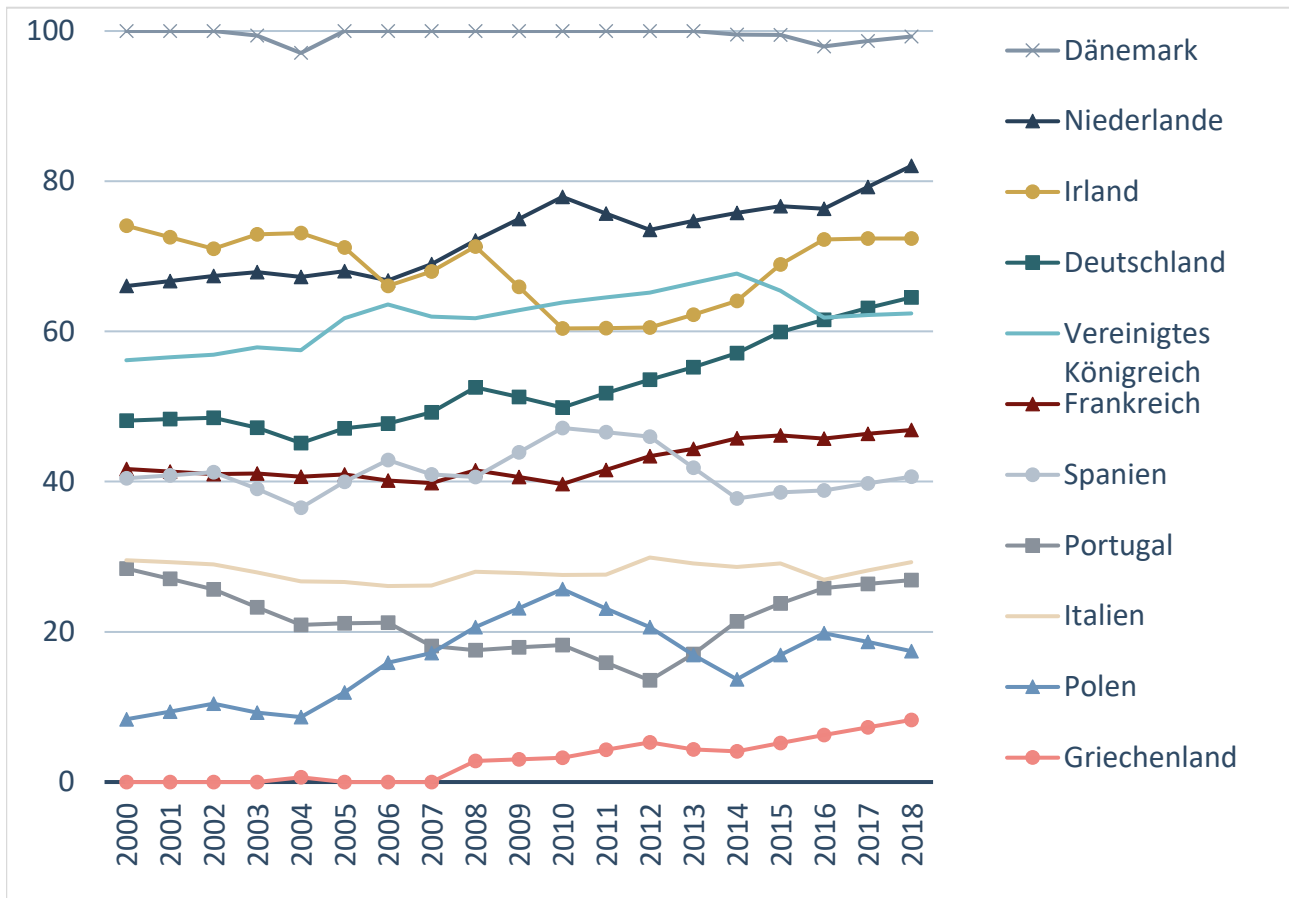
**Abbildung 3-7: Index Vertrauen in das Gesellschaftssystem im Jahr 2018**


Quellen: Weltbank, Eurobarometer; eigene Berechnungen/Schätzungen 2019/20

Im Zeitverlauf bestätigt sich der überwiegend positive Trend des Vertrauens in das Gesellschaftssystem (Abbildung 3-8). Die hier erfassten Daten zeigen keine generellen großen negativen Auswirkungen von jüngeren Herausforderungen. Im Vereinigten Königreich hat seit 2016, dem Jahr des Brexit-Votums, das Vertrauen abgenommen. Dies zeichnete sich bereits seit 2014/15 ab. In Irland war 2014 ein starker Abschwung erkennbar, der sich danach jedoch wieder erholte. Griechenland erholt sich nach der Krise wieder, ist aber weiterhin auf niedrigem Niveau. Insbesondere im Bereich Hilfsbereitschaft und Fairness liegt das Land weit hinten. Das Vertrauen in die Mitmenschen ist gestiegen, liegt allerdings auch im unteren Viertel.

Interessant ist, dass eine Veränderung in den Ländern, in denen rechtspopulistische Parteien stärker werden (Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, Skandinavien) bisher (noch) keinen dramatischen negativen Einfluss auf das Vertrauen in die Mitmenschen verursacht.

**Abbildung 3-8: Teilindex Vertrauen in das Gesellschaftssystem von 2000 bis 2018  
(ausgewählte Länder)**



Quellen: Weltbank, Eurobarometer; eigene Berechnungen/Schätzungen 2019/20

## 4 Handlungsempfehlungen

Wie gezeigt wurde, spielt Vertrauen eine wichtige Rolle für die Leistungsfähigkeit eines Landes. Daher ist es notwendig, die Institutionen und politischen Handlungsfelder zu identifizieren, welche es zu entwickeln gilt. Auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem Vertrauensindex erscheinen folgende Handlungsempfehlungen sinnvoll, um das Vertrauen in Institutionen und dem Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken:

- **Institutionelle/ökonomische Resilienz stärken.** Resilienz beschreibt die Fähigkeit einer Gesellschaft, äußere Störungen zu verkraften, ohne in ihrer Systemfunktion beeinträchtigt zu werden. Aktuelle externe Schocks (Corona-Pandemie) und Herausforderungen wie die eingangs beschriebenen Faktoren Globalisierung, Populismus, Ungleichheit und Pandemien, aber auch Migration, Klimawandel und die Urbanisierung, können von Gesellschaften mit einem ausgeprägten Vertrauen besser bewältigt werden. Was für Individuen und Unternehmen gilt (Flüter-Hoffmann et al., 2018), gilt auch für Gesellschaften: Wer Zeiten der Krise, Verunsicherung und Veränderung ohne Blessuren überstanden hat, ist widerstandsfähig bzw. resilient. Ziel ist es im Allgemeinen, trotz externer Schocks bzw. bereits durch vorbereitende Maßnahmen die soziale Ordnung zu erhalten und die Funktionalität der Institutionen sicherzustellen. Ökonomische Resilienz geht oft einher mit inklusivem Wachstum (Brinkmann et al., 2017): Im Krisenfall sind nämlich zumeist die schwächeren Gesellschaftsgruppen von den Konsequenzen am härtesten betroffen. Sie haben beispielsweise weniger Möglichkeiten, Einkommensschwankungen auszugleichen. Es müssen also Krisenbewältigungsstrategien entwickelt werden, die das inklusive Wachstum nicht gefährden.
- **Glaubwürdigkeit der Institutionen stärken.** Für das Vertrauen ist es elementar, dass die Bevölkerung auf die politische Neutralität der Institutionen (Polizei, Gerichte, öffentlicher Dienst) vertrauen kann. Diese müssen sichtbar unparteiisch sein und jeden Bürger gleichbehandeln (Sønderskov/Dinesen, 2016, 48). Populisten prägen jedoch das Wort „Lügenpresse“ („Fake News“), stellen die Neutralität der Institutionen in Frage und zweifeln an der Nähe der Politik zum Bürger. Die Politik muss klar zeigen, dass die Sorgen der Bürger beachtet werden und sie nicht nur nach eigenen Interessen handeln (van der Meer/Dekker, 2011). Eine gute und reaktionsfähige Regierung, die auch diejenigen fokussiert, die am unteren Rand der Gesellschaft stehen, und für Gleichheit steht, kann die Gesellschaft vor einer Spaltung und vor allem der Abwertung demokratischer Werte schützen und Populismus entgegenwirken (Sønderskov/Dinesen, 2016, 51). Falsch ist jedoch übereilte Symbolpolitik, die keine nachhaltigen Effekte nach sich zieht, wie etwa Mietenstopp oder Fahrverbote. Vertrauen sollte eher durch ökonomische Stärke und den Einsatz dieser zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme als durch steigende Staatstätigkeit geschaffen werden (Hüther, 2019).
- **Schnelle und überlegte Krisenintervention.** Die medizinische Versorgung hat höchste Priorität. Wenn das Vertrauen ins das Gesundheitssystem schwindet, muss mit Panik in der Bevölkerung gerechnet werden. Neben finanziellen Maßnahmen gehört dazu die Reaktivierung

von medizinischem Personal, das bereits im Ruhestand ist, sowie finanzielle Anreize für niedergelassene Ärzte in Teilzeit, damit sie ihre Arbeitszeit vorübergehend ausweiten. Wenn Schulen und Kindergärten geschlossen werden, bedarf es spezieller Betreuungsangebote für die Kinder des medizinischen Personals. Bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen geht es darum, einerseits die an den stärksten betroffenen Sektoren soweit wie möglich zu stabilisieren und andererseits zu verhindern, dass aus der sektoralen eine systemische Krise wird. Weitere zentrale Maßnahmen beschrieben Bofinger et al. (2020).

- **Bürger besser informieren.** Viele EU-Bürger sind über politische Zusammenhänge nicht ausreichend informiert. Dies zeigt sich etwa darin, dass Ideen des Protektionismus neue Zustimmung finden, während gleichzeitig der Freihandel und seine Vorzüge befürwortet werden. Doch diese beiden Konzepte schließen sich gegeneinander aus. Eine Studie (Kolev, 2019) zeigt, dass diese Sowohl-als-auch-Haltung mit dem Bildungsniveau und Kenntnissen zusammenhängt und betont die Notwendigkeit besserer Aufklärung und zugänglicher und vor allem valider Informationen. Eine gezielte politische Kommunikation und eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Anspruchsgruppen sind von besonderer Bedeutung.
- **Über positive Entwicklungen berichten.** Der Satz „bad news are good news“ ist aktuell wie eh und je. Hinzu kommt jedoch, dass Informationen heute ständig und vor allem weltweit verfügbar sind. So erlangen einzelne Themen eine stärkere mediale Aufmerksamkeit, die den Fokus öffentlicher Diskurse bestimmen. Dass es dabei meistens schlechte Nachrichten sind liegt daran, dass Menschen sich zunächst für alles interessieren, das neu ist, also von einer Norm abweicht. Prozesse und Tätigkeiten, die funktionieren, sind in diesem Kontext eher uninteressant und auch konstruktive Ansätze zur Lösung. Dies führt dazu, dass ein eher negatives Bild der Welt gezeichnet wird und zum Gefühl der Hilflosigkeit beiträgt. Ein Beispiel ist das Thema Armut und Ungleichheit. Ängste in der Gesellschaft werden geschürt, obwohl sich die Ungleichheit nicht erhöht hat (Schröder et al., 2019). Auch über Erfolge zu berichten und was die Politik und die Institutionen leisten, stärkt das Vertrauen auch weltweite Krisen zu überwinden.
- **Inklusives Wachstum und Teilhabegerechtigkeit fördern.** Um Vertrauen aufzubauen, muss die (wahrgenommene) Ungleichheit im Land verringert werden. Inklusives Wachstum wird dabei zum zentralen Ziel, bei welchem die Erträge des wirtschaftlichen Aufschwungs bei nahezu allen Menschen ankommen sollen (Grömling/Klös, 2018) und der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Gerechtigkeit gestärkt wird. Geschehen kann dies etwa durch Löhne, Beschäftigung und Teilhabe. Das Gefühl der Menschen, der wirtschaftliche Aufschwung käme nicht bei Ihnen an, ist letztendlich Keimzelle für Unzufriedenheit und die Unterstützung populistischer Parteien, die sich dieses Gefühl zunutze machen. Die öffentliche Wahrnehmung, die Diskrepanz zwischen gefühlter und tatsächlicher Ungleichheit, gilt es zu ändern. Zahlen zeigen, dass die Situation in Deutschland bereits eine positive Entwicklung vollzieht: Immer mehr Menschen können sich beispielsweise eine einwöchige Urlaubsreise leisten oder unerwartete Ausgaben finanzieren (Schröder et al., 2019), die materielle Entbehrung ist rückläufig. Dennoch ist die Wahrnehmung gegensätzlich. Auch hier eröffnen sich Handlungsmöglichkeiten in einer starken Wirtschaft: Die Senkung von Arbeitslosigkeit. Mangelnde Bildung und Arbeitslosigkeit sind elementare Bestandteile von Armutsgefährdung.



Durch inklusives Wachstum und einen stabilen Arbeitsmarkt würde letztendlich die Lebensqualität der Bevölkerung verbessert sowie die politische Legitimation durch die Beteiligung der Bevölkerung an der politischen Willensbildung gestärkt werden, wodurch in Folge das Vertrauen in die Institutionen steigt.

## Abstract

### Trust in the economy, the state and society 2020

Trust barometer: European countries in comparison

Trust is essential in a globalised world: we are dependent on international economic processes and political cooperation, which would not function without trust. Furthermore, crises like the COVID-19 pandemic and radical upheavals are challenges that people cannot cope with without trust in the existing institutions. For pluralised, urban and individualistic societies, trust is a strong bond of cohesion. At the same time, globalisation is a decline in trust. This is primarily a consequence of the growing feeling among people that the economic growth and its benefits are not reaching them. Regions feel left behind, and the impression arises that policy-makers in particular only concerned with the needs of the elites. As a result, more and more parties that are critical of the current system are experiencing a new upswing.

This study presents current data on trust in Germany and Europe. Overall, Germany ranks 7th out of 20 countries. In an international comparison of trust, the Scandinavian countries continue to perform best. Countries such as Greece and Italy, in contrast, which have been hit hardest by the economic crises of recent years, are the worst performers. However, the United Kingdom also experiences severe losses in trust, partly due to the ongoing Brexit debate.

Despite the empirical challenges of using an index, it shows - in addition to random and uncontrollable factors - which countries are better equipped to manage the current COVID-19 pandemic. In the Scandinavian countries as well as the Netherlands, Germany and Switzerland, social capital is strong. The political system, the economic system and society are, by and large, reliable. Denmark ranks first in the trust index with 91 out of 100 possible points. Germany is in 7th place with 74 points - behind the other Scandinavian countries, the Netherlands and Switzerland. The southern European countries Greece, Italy and Portugal rank at the bottom. The distrust of politics and the government, but also of the economy and society are particularly pronounced there. People mostly trust close relatives and friends. This may make it difficult to work together dealing with a nationwide crisis, which makes trust so important.

- Trust in the need for restrictions of freedom and compliance with quarantine measures, for example, even without symptoms of illness, is necessary. The decisive factor here is trust in fellow human beings, them acting in solidarity and accepting a personal, drastic restriction to help society curb the epidemic.
- Trust in the facts and measures taken by authorities is paramount as well. The constant reference to the Robert Koch Institute in Germany is a good example of a useful measure because universities and research institutions are trusted or very trusted by more than 80 percent of Germans (cf. Enste/Suling, 2020, 8). The federal government, on the other hand, only enjoys the trust of 40 percent.

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1: Vertrauen in Institutionen und Organisationen in Deutschland .....	7
Tabelle 3-1: Indikatoren der Vertrauensdimensionen .....	12

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: IW-Vertrauensindex.....	14
Abbildung 3-2: Internationaler Vertrauensvergleich von 2000 bis 2018 (ausgewählte Länder) – Gesamtindex.....	15
Abbildung 3-3: Index Vertrauen in das politische System im Jahr 2018 .....	16
Abbildung 3-4: Teilindex Vertrauen in das politische System von 2000 bis 2018 (ausgewählte Länder) .....	17
Abbildung 3-5: Index Vertrauen in das Wirtschaftssystem im Jahr 2018 .....	18
Abbildung 3-6: Teilindex Vertrauen in das Wirtschaftssystem von 2000 bis 2018 (ausgewählte Länder) .....	19
Abbildung 3-7: Index Vertrauen in das Gesellschaftssystem im Jahr 2018 .....	20
Abbildung 3-8: Teilindex Vertrauen in das Gesellschaftssystem von 2000 bis 2018 (ausgewählte Länder) .....	21

## Literaturverzeichnis

- Algan, Yann / Guriev, Sergei / Papaioannou, Elias / Passari, Evgenia, 2017, The European Trust Crisis and the Rise of Populism, in: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 2, S. 309–400
- Anderson, Christopher J. / Tverdova, Yuliya V., 2003, Corruption, Political Allegiances, and Attitudes Toward Government in Contemporary Democracies, in: American Journal of Political Science, 47. Jg., Nr. 1, S. 91–109
- Bergmann, Knut / Enste, Dominik / Klös, Hans-Peter, 2017, Postfaktisches Zeitalter? Gründe für ein verändertes Wahlverhalten, IW-Kurzbericht, Nr. 14, Köln
- Brinkmann, Henrik / Harendt, Christoph / Heinemann, Friederich / Nover, Justus, 2017, Ökonomische Resilienz. Schlüsselbegriff für ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild?, Gütersloh
- Bofinger, Peter / Dullien, Sebastian / Felbermayr, Gabriel / Fuest, Clemens / Hüther, Michael / Südekum, Jens / Weder di Mauro, Beatrice, 2020, Wirtschaftliche Implikationen der Corona-Krise und wirtschaftspolitische Maßnahmen, IW Policy Paper, Köln
- Chanley, Virginia A. / Rudolph, Thomas J. / Rahn, Wendy M., 2000, The Origins and Consequences of Public Trust in Government: A Time Series Analysis, in: The Public Opinion Quarterly, 64. Jg., Nr. 3, S. 239–256
- Christensen, Tom / Lægreid, Per, 2005, Trust in Government: The Relative Importance of Service Satisfaction, Political Factors, and Demography, in: Public Performance & Management Review, 28. Jg., Nr. 4, S. 487–511
- Colantone, Italo / Stanig, Piero, 2016, Global Competition and Brexit. Working Paper Nr. 2016-44, Mailand
- de Vries, Catherine / Hoffmann, Isabell, 2016, Fear not Values. Public opinion and the populist vote in Europe. EUpinions no. 2016/3, Gütersloh
- Decker, Frank / Best, Volker / Fischer, Sandra / Küppers, Anne, 2019, Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, Bonn
- Delhey, Jan / Verbalyte, Monika, 2016, Soziales Vertrauen - wissenswertes zu einer zentralen zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Ressource, in: Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland, Gütersloh, S. 71–103
- Edelman, 2020, Edelman Trust Barometer 2020, [https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2020-01/2020%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Global%20Report\\_Final\\_0.pdf](https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2020-01/2020%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Global%20Report_Final_0.pdf) [12.3.2020]

- Enste, Dominik Prof. Dr. / Grunewald, Mara Dr., 2017, IW-Vertrauensindex 2017. Vertrauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im europäischen Vergleich, Köln
- Enste, Dominik Prof. Dr. / Jäger, Manfred, 2009, Vertrauensstabilisierung als Wachstumsfaktor, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Agenda 20D - Wege zu mehr Wachstum und Verteilungseffizienz, Köln, S. 271–299
- Enste, Dominik Prof. Dr. / Möller, Marie Dr., 2015, IW-Vertrauensindex 2015. Vertrauen in Deutschland und Europa. Ein internationaler Vergleich von 20 Ländern, Köln
- Flüter-Hoffmann, Christiane / Hammermann, Andrea / Stettes, Oliver, 2018, Individuelle und organisationale Resilienz. Theoretische Konzeption und empirische Analyse auf Basis eines kombinierten Beschäftigten-Betriebsdatensatzes, Köln
- Foster, Chase / Frieden, Jeffry, 2017, Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government, in: European Union Politics, 18. Jg., Nr. 4, S. 511–535
- Grömling, Michael / Klös, Hans-Peter, 2018, Inklusives Wachstum - Potenziale und Grenzen eines Konzepts. Eine institutionenökonomische Analyse, Köln
- Hakhverdian, Armen / Mayne, Quinton, 2012, Institutional Trust, Education, and Corruption: A Micro-Macro Interactive Approach, in: The Journal of Politics, 74. Jg., Nr. 3, S. 739–750
- Hooghe, Marc / Marien, Sofie / Oser, Jennifer, 2017, Great expectations: the effect of democratic ideals on political trust in European democracies, in: Contemporary Politics, 23. Jg., Nr. 2, S. 214–230
- Hüther, Michael, 2019, Deutschland befindet sich im Stresstest – aber die Politik hat nur Symbole anzubieten, <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/michael-huether-deutschland-befindet-sich-im-stresstest-aber-die-politik-hat-nur-symbole-anzubieten.html> [4.2.2020]
- IW Köln, 2016, Wenig Vertrauen in die Medien, <https://www.iwd.de/artikel/wenig-vertrauen-in-die-medien-318113/> [3.2.2020]
- Kolev, Galina, 2019, Understanding Protectionism – Empirical Analysis of Protectionist Attitudes in the EU, [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2019/IW-Report\\_2019\\_Protectionism.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2019/IW-Report_2019_Protectionism.pdf) [3.2.2020]
- Kroknes, Veronica Fagerland / Jakobsen, Tor Georg / Grønning, Lisa-Marie, 2015, Economic Performance and Political Trust: The impact of the financial crisis on European citizens, in: European Societies, 17. Jg., Nr. 5, S. 700–723

Luhmann, Niklas, 2000, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart

Marien, Sofie / Hooghe, Marc, 2011, Does political trust matter? An empirical investigation into the relation between political trust and support for law compliance, in: European Journal of Political Research, 50. Jg., Nr. 2, S. 267–291

Mikucka, Malgorzata / Sarracino, Francesco / Dubrow, Joshua K., 2017, When Does Economic Growth Improve Life Satisfaction? Multilevel Analysis of the Roles of Social Trust and Income Inequality in 46 Countries, 1981–2012, in: World Development, 93. Jg., S. 447–459

Newton, Ken / Zmerli, Sonja, 2011, Three forms of trust and their association, in: European Political Science Review, 3. Jg., Nr. 2, S. 169–200

Newton, Kenneth / Stolle, Dietlind / Zmerli, Sonja, 2018, Social and Political Trust, in: Uslaner, Eric M. (Hrsg.), The Oxford Handbook of Social and Political Trust, Oxford, S. 37–56

Niehues, Judith, 2017, Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut. Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze, in: IW Trends, 44. Jg., Nr. 3, S. 117–135

Niehues, Judith, 2019, Ungleichheit zwischen Wunsch, Wahrnehmung und Wirklichkeit, <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/judith-niehues-ungleichheit-zwischen-wunsch-wahrnehmung-und-wirklichkeit.html> [3.2.2020]

Putnam, Robert D., 1993, Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy, Princeton

Raffelhüschen, Bernd / Grimm, Robert, 2019, Deutsche Post Glücksatlas 2019, München

Rodríguez-Pose, Andrés / von Berlepsch, Viola, 2014, Social Capital and Individual Happiness in Europe, in: Journal of Happiness Studies, 15. Jg., Nr. 2, S. 357–386

Schäfer, Armin, 2010, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4. Jg., Nr. 1, S. 131–156

Schröder, Christoph / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2019, Teilhabemonitor 2019, [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Gutachten/PDF/2019/Gutachten\\_IN SM-Teilhabemonitor.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2019/Gutachten_IN SM-Teilhabemonitor.pdf) [3.2.2020]

Sønderskov, Kim M. / Dinesen, Peter T., 2016, Trusting the State, Trusting Each Other? The Effect of Institutional Trust on Social Trust, in: Political Behavior, 38. Jg., Nr. 1, S. 179–202

Uslaner, Eric M., 2002, The Moral Foundations of Trust, Cambridge

van der Meer, Tom / Dekker, Paul, 2011, Trustworthy states, trusting citizens? A multi-level study into objective and subjective determinants of political trust, in: Zmerli, Sonja / Hooghe,

Marc (Hrsg.), ECPR - Studies in European Political Science, Political trust. Why context matters, Colchester, S. 95–116

van der Meer, Tom / Hakhverdian, Armen, 2017, Political Trust as the Evaluation of Process and Performance: A Cross-National Study of 42 European Countries, in: Political Studies, 65. Jg., Nr. 1, S. 81–102

Wroe, Andrew, 2016, Economic Insecurity and Political Trust in the United States, in: American Politics Research, 44. Jg., Nr. 1, S. 131–163